

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis,

ich wünschte ja, ich könnte mich wirklich einmal häufiger mit fröhlicheren Worten zum Wochenbeginn an euch wenden, aber die Zeiten sind zu ernst und die Entwicklungen auf der Welt lassen es auch diesmal nicht zu, dass sie unkommentiert bleiben.

Der Ausgang des Verfassungsreferendums in der Türkei, das nun bereits über eine Woche zurückliegt, stimmt mich besorgt. Selbstverständlich haben wir das Votum



der türkischen Bürger zu akzeptieren. Aber ich möchte mich dennoch unmissverständlich ausdrücken: Wer sich mit dem Vorschlag für eine neue Verfassung, der zur Abstimmung stand, einmal auseinander gesetzt hat, weiß, dass es sich bei dem dort vorgeschlagenen Regierungssystem nicht um ein präsidentielles handelt, wie es häufig auch in den Medien immer wieder – fälschlicherweise – bezeichnet wurde. Dass der Vergleich des neuen türkischen Regierungssystems mit dem Präsidialsystem der USA „geradezu ein demagogisches Argument“ ist, zeigt ein Beitrag eines Verfassungsrechtlers, der sich schon länger mit dem türkischen Verfassungsgefüge auseinandersetzt, den ich euch unter folgendem Link ans Herz legen möchte: [Klick!](#)

Für uns in Deutschland und Europa ist nun wichtig, besonnen und ruhig zu bleiben: Denn Erdogan ist nicht die Türkei. Auch das hat der knappe Ausgang des Referendums gezeigt. Und als Demokraten sind wir aufgerufen, den Demokraten in der Türkei und den bei uns lebenden Deutschtürken, die sich zu Demokratie und Freiheit bekennen, weiter den Rücken zu stärken. Dazu und zu vielen weiteren Themen lest gerne mehr und ausführlicher in dieser „Wahlkreispost“.

Ich wünsche euch eine erfolgreiche Woche!

Eure Sabine

SCHULZ: „ERDOGAN IST NICHT DIE TÜRKEI“

Genossen wollen Demokraten in der Türkei den Rücken stärken

Das Verfassungsreferendum in der Türkei sorgte nicht nur vor der Abstimmung am Ostersonntag, sondern auch in der vergangenen Woche für rege Diskussionen. Das nahe am Patt liegende Ergebnis zeigt: Die Türkei ist weiter tief gespalten. Ein überdeutliches „Ja“ zu der von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan befürworteten Verfassungsreform gab es nicht. Beim Wahlvorgang selbst soll es laut dem Bericht der Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erhebliche Unregelmäßigkeiten gegeben haben.



Entsprechend gab Bunde-
s-
außenminister Sigmar
Gabriel in einer gemeinsamen
Erklärung mit Kanzlerin
Merkel seine Bedenken zum
Ausdruck: „Der knappe Aus-
gang der Abstimmung zeigt,
wie tief die türkische
Gesellschaft gespalten ist. Das
bedeutet große Verantwortung
für die türkische Staats-
führung und für Präsident Er-
dogan persönlich. Die Bun-
desregierung erwartet, dass die
türkische Regierung nun nach
einem harten Referen-
dumswahlkampf einen respek-
tvollen Dialog mit allen poli-
tischen und gesellschaftlichen
Kräften des Landes sucht.“

Darüber hinaus riefen beide in Erinnerung, dass die Venedig-Kommission des Europarates erhebliche Bedenken über den Verfassungsvorschlag, der bei dem Referendum zur Wahl stand, geäußert habe. Diesen Bedenken habe die Türkei Rechnung zu tragen.

Der SPD-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz erklärte: „Der Ausgang des türkischen Referendums ist knapp. In jedem Fall muss der Einsatz um Demokratie und Menschenrechte in der Türkei weitergehen. Deniz Yücel und viele andere Journalisten sitzen in Gefängnissen – nur weil sie ihren Job gemacht haben. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Oppositionelle werden oft mit fadenscheinigen Begründungen verfolgt.“

Schulz fordert eine klare Erwartungshaltung an Staatspräsident Erdogan: „Demokratie und Vielfalt in der Türkei müssen unter Schutz stehen, die Hetze und unsäglichen Schmähungen ein Ende haben und die Spannungen wie Konflikte abgebaut werden – in der türkischen Gesellschaft genauso wie im Verhältnis der Türkei zu Deutschland und Europa. Mir ist eine Botschaft besonders wichtig: Die Türkei ist nicht Erdogan. Wir dürfen nicht zulassen, dass die innenpolitischen Spannungen in der Türkei das Verhältnis zwischen in Deutschland lebenden Deutsch-Türken belasten. Das ist unser gemeinsames Land!“

Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte die Bedeutung des Referendums und rief nun alle zur Besonnenheit auf: Sie wertete das Ergebnis als „Ausdruck eines tiefen Spalts der sich durch die türkische Gesellschaft ziehe.“ „Staatschef Erdogan wäre gut beraten, das Referendum vor allem als Versöhnungsauftrag zu sehen und sich um die offen zutage getretene Zerrissenheit der türkischen Gesellschaft zu kümmern“, so Dreyer.

Der Ausgang des Referendums sei auch für Deutschland sehr wichtig. „Hier bei uns leben rund drei Millionen Bürgerinnen und Bürger mit türkischen Wurzeln. Etwa die Hälfte von ihnen besitzt auch einen türkischen Pass, die Probleme in der türkischen Gesellschaft spiegeln sich daher auch in unserem Land wieder“, so die Ministerpräsidentin.

Sie warnte vor vorschnellen Reaktionen auf das Ergebnis und mahnte Ruhe und Besonnenheit an. Es sei verfrüht, die Türkei als demokratisches Land abzuschreiben. „Das Referendum hat Staatschef Erdogan mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet, es liegt nun an ihm, zu zeigen, dass er mit diesen verantwortungsbewusst umzugehen weiß“, so Dreyer. Dass 48,6% der Bürgerinnen und Bürger gegen die Einführung des Präsidialsystems gestimmt hätten, sei ein beeindruckender Beleg für eine starke Zivilgesellschaft, welche die demokratischen Freiheiten sehr wohl zu schätzen wisse. „Europa muss deutlich machen, dass wir Partner der Türkei sein wollen, nicht einer autokratischen Regierung, sondern der freiheitsliebenden Bürger die an eine demokratische Zukunft ihres Landes glauben“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Diese Hälfte der türkischen Gesellschaft dürfe von Europa nicht im Stich gelassen werden.

BISTUM MAINZ HAT EINEN NEUEN OBERHIRTEN

Malu Dreyer gratuliert Peter Kohlgraf zur Wahl zum Bischof

Nach dem Abschied von Karl Kardinal Lehmann, der von 1984 bis 2016 der 87. Nachfolger des Hl. Bonifatius auf der Mainzer Kathedra gewesen war, erhielt das katholische Bistum vergangene Woche einen neuen Bischof. Ministerpräsidentin Malu Dreyer gratuliere dem neuen Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, zu seiner Wahl durch das Mainzer Domkapitel und zur Ernennung durch Papst Franziskus: „Sie kennen die Wünsche und Sorgen der Gläubigen, insbesondere die junger Menschen. Als Seelsorger und Theologe haben Sie die überlieferte Lehre immer mit einem klaren Blick auf die gegenwärtige Situation der Kirche verbunden.“

Sie hob hervor, dass mit Peter Kohlgraf ein Theologe als Nachfolger des international hoch geschätzten Kardinal Lehmann gewählt worden sei, der sich seit vielen Jahren wissenschaftlich und praktisch mit der Zukunft der Gemeinden und mit dem christlichen Glauben in der modernen Gesellschaft befasse. „Ich bin sicher, dass die Menschen im Bistum Mainz Sie sehr schnell mit großer Sympathie und Wertschätzung aufnehmen werden“, so die Ministerpräsidentin. Sie versicherte dem künftigen Bischof, dass die Landesregierung die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bistum Mainz fortsetzen werde. „Das Bistum Mainz ist für uns ein wichtiger Partner, wenn es um Fragen der Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft geht.“ Gemäß dem geltenden Staatskirchenvertrag muss die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz der Ernennung des neuen Bischofs der Diözese Mainz noch formal zustimmen.



GRATULATION AUCH AN BENEDIKT XVI.

Malu Dreyer gratulierte auch dem emeritierten Papst Benedikt XVI. zu seinem 90. Geburtstag am 16. April.

„Dem christlichen Glauben und seinen Werten tief verbunden, hat er in seinen herausragenden Ämtern die katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil maßgeblich mit geprägt. Sein tiefer Glaube, seine hohe theologische und philosophische Bildung und seine menschliche Bescheidenheit haben nicht nur Katholiken beeindruckt.



MALU DREYER

Ich danke Benedikt XVI. für seinen Dienst in Kirche und Welt. Für das neue Lebensjahr wünsche ich ihm vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen, viel Kraft und Gottes Segen.“

EIN MASTERPLAN FÜR DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

Auftakt für gute Arbeit in Zeiten der Digitalisierung

„Digitalisierung“ und „Arbeit 4.0“ gehören derzeit zu den wichtigsten Schlagworten, wenn es um die Zukunft der Arbeit geht. Damit verbunden sind große Chancen für die Unternehmen und ihre Beschäftigten, gleichzeitig aber beunruhigt die Entwicklung viele Menschen auch: Welche neuen Möglichkeiten eröffnet uns der rapide technische Fortschritt in der Produktion oder bei der Erbringung von Dienstleistungen? Wie, wo und wann werden wir in zehn oder fünfzehn Jahren arbeiten? Aber auch: Welche Arbeitsplätze könnten wegfallen, welche neuen entstehen? Und was bedeutet all dies für unsere Qualifikationen, den Arbeitsschutz oder die betriebliche Mitbestimmung?

„Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik, Sozialpartnern und Wissenschaft, auf diese Fragen möglichst konkrete Antworten zu geben. Es kommt hier, wie bei wohl nur wenigen anderen Themen, darauf an, die Entwicklung nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie vorausschauend zu gestalten“, so Sabine Bätzing-Lichtenthäler.



Um in den Dialog mit diesen Partnern des Arbeitslebens einzutreten und zu diskutieren, vor welchen Herausforderungen wir stehen und wie die Arbeitswelt von morgen gestaltet werden soll, lädt die rheinland-pfälzische Arbeitsministerin Bätzing-Lichtenthäler am 25.04.2017 zur Veranstaltung „Masterplan ‚Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz‘“ in Mainz ein, die bereits frühzeitig ausgebucht war.

„Unsere Arbeitswelt war schon immer einem ständigen Wandel unterworfen. Neu ist allerdings die große Dynamik der Veränderung, vorangetrieben durch die Digitalisierung“, so Bätzing-Lichtenthäler. „Um der Bedeutung des Themas auch für Rheinland-Pfalz gerecht zu werden, wird die Lan-

desregierung daher zusammen mit ihren Partnern einen Masterplan zur Zukunft der Arbeit entwickeln. Dabei soll dem eigentlichen Strategiepapier ein öffentlicher Dialog vorangehen. Diese Auftaktveranstaltung bildet hierzu den Startpunkt, ihr schließen sich themenspezifische Regionalkonferenzen an. Am Ende des Prozesses sollen dann konkrete und aufeinander abgestimmte Vorhaben und Zielsetzungen stehen, die dazu beitragen, den Wandel der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz zu gestalten“, erklärt die Ministerin ihre Initiative, die sich in den Kontext der Pläne der Landesregierung für eine langfristige Digitalisierungsstrategie einfügt.